



Montag, 13. Dezember 1976

Blatt 2896

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Allgemeines Krankenhaus: 1.000ste med.techn.
Assistentin erhielt ihr Diplom
Wiener Gemeinderat (Budget 1977)

Lokal:
(orange)

Stuttgarter Schwellen in der Lassallestraße
Erbsenbachbrücke für den Fahrzeugverkehr gesperrt
Für den Festtagstisch der Wiener ist reichlich vorge-
sorgt
Feuerwehroffizier starb bei Einsatz
Schnee-Einsatz zum Wochenende

Kultur:
(gelb)

Abschluß des dritten Wiener Schultheater-Festivals

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 Uhr bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

L o k a l :

=====

fuer den festtagstisch der wiener ist reichlich vorgesorgt
preise im wesentlichen stabil, bei obst sogar sinkend

wien, 13.12. (rk) nach einem bericht des wiener marktamts
werden die wiener maerkte in den naechsten wochen mit allen wichti-
gen nahrungs- und genussmitteln sowie mit den traditionellen fest-
tagsspezialitaeten ausreichend beliefert sein. fast jeder wird sich
also seinen kulinarischen weihnachtswunsch erfuellen koennen. nur
bei ganz wenigen fleischgenuessen koennte es in den letzten tagen
zu einem engpass kommen.

mengenmaessig wird es zum beispiel bei gefluegel keinerlei
schwierigkeiten geben. der traditionelle truthahnbraten ist auf alle
faelle gesichert. die inlandsware wird durch importe aus ungary,
westeuropa und aus den usa ergaenzt. auch junghuehner, huehnerteile
und enten werden ausreichend vorhanden sein. lediglich bei gaensen
ist in ganz europa eine verknappung eingetreten, daher koennte es
auch bei uns zu einem engpass kommen. importe aus polen und der
cssr sind ausgefallen. die importe aus ungary sind fast abverkauft.

der bedarf an eiern wird durch importe aus dem osten und aus
westeuropa gedeckt werden. es kommen woeentlich 25 bis 35 waggons
an. leichter preisanstieg ist moeglich.

keinerlei versorgungsschwierigkeiten sind bei suesswasser-
fischen zu erwarten. der weihnachtskarpfen kommt heuer vor allem
aus niederoesterreich, aus der steiermark und der cssr.

die verbraucherpreise werden geringfuegig ueber denen des
vorjahres liegen. das kilo kostet um zwei bis fuenf schilling mehr.

besonders reichlich ist das angebot an frischfleisch. inlaendi-
sches rindfleisch in guter qualitaet ist ausreichend vorhanden. aber
auch schweinefleisch und kalbfleisch wird in bedarfsdeckenden men-
gen angeliefert. bei rindfleisch sind keine preissteigerungen zu er-
warten, die preise fuer schweinernes sind stabil. bei kalbfleisch
ist ein saisonbedingter preisaufrtrieb moeglich. die nachfrage nach
wildbret wird ohne schwierigkeiten befriedigt werden koennen, mit

./.

ausnahme von rehen, die importiert werden muessen, da die inland-ware knapp ist. hier ist mit steigenden preisen zu rechnen.

der bedarf an typischen wintergemuesesorten - chinakohl, karotten, kraut, sellerie etc. - kann aus dem inland zur gaenze gedeckt werden. etwas knapp sind hingegen die vorraete an roten rueben. die preislage ist im grossen und ganzen stabil. die inlaendische salatproduktion ist ruecklaeufig, deshalb wurden noch in dieser woche importe freigegeben, so dass auch bei salat der bedarf gedeckt werden kann. karfiol, gurken und tomaten werden heuer aus dem ausland zu hoeheren preisen als im vorjahr geliefert.

hingegen werden die preise bei erdaepfel - die anlieferung ist ausreichend - gleichbleiben bzw. sogar etwas nachgeben.

sehr guenstig und stabil ist darueber hinaus die preislage bei obst: inlaendische aepfel bester qualitaet, birnen aus italien, tafeltauben aus spanien gibt es reichlich zu unveraenderten preisen. ebenso werden bananen ausreichend angeliefert, man kann sogar mit einer verbilligung rechnen. auch bei den agrumen sind preisrueckgaenge moeglich - etwa bei griechischen und italienischen orangen oder bei tuerkischen satsumas. schliesslich gibt es reichlich zitronen zu unveraenderten preisen, reichlich grapefruits, clementinen und mandarinén. (smo)

++++

L o k a l :

=====

feuerwehroffizier starb bei einsatz

1 wien, 13.12. (rk) waehrend eines feuerwehreinsatzes im schwe-
sternheim des wilhelminenspitals, wo sonntag abend ein zimmerbrand
ausgebrochen war, sackte ploetzlich der einsatzleiter der haupt-
feuerwache hernals, der 53jaehrige brandrat albert s p e v a k
bewusstlos zusammen. obwohl er sofort in die intensivstation ge-
bracht wurde, kam jede hilfe zu spaet. der brandrat starb an den
folgen eines herzversagens. spevak hatte erst vor wenigen wochen
aus der hand des landeshauptmannes leopold g r a t z das goldene
verdienstzeichen des landes wien erhalten. (ka)

1025

schnee-einsatz zum wochenende

2 wien, 13.12. (rk) nachdem samstag gegen 20.30 uhr leichter
schneefall eingesetzt hatte und knapp nach 21 uhr von den funk-
kontrollwagen die ersten glatteismeldungen eingelangt waren, wur-
den alle verfuegbaren streufahrzeuge sowie privatfuhrwerker zum
einsatz gebracht. so konnten alle durchzugsstrecken gut befahrbar
gehalten werden. insgesamt standen 426 streufahrzeuge, 22 sandlade-
maschinen und 592 mann im einsatz.

in der nacht zum montag waren 167 streufahrzeuge, 11 sand-
lademaschinen und 38 mann zur schneeraeumung eingesetzt. (ka)

1027

k u l t u r :

=====

abschluss des dritten wiener schultheater-festivals

wien, 13.12. (rk) freitag wurde das dritte wiener schultheater-festival mit einer oeffentlichen praesentation der sechs besten gruppen im theater an der wien abgeschlossen. folgende produktionen wurden ausgewaehlt:

"nicht fuer die schule - fuer das leben lernen wir", eine eigenproduktion der hs 22, anton sattler-gasse 93, unter karl-heinz rudlof,

"schulmix", eine eigenproduktion der spielgruppe hs 15, selzergasse 25, unter werner haslinger,

"szenen aus dem leben einer frau", eine eigenproduktion des mus.paed. brg 1, hegelgasse 14, unter dr. renate linsler,

"der kleine prinz", ein maerchen nach antoine de saint-exupery, gespielt von der hs 21, pastorgasse 29, unter dr. ilse haider und georg farthofer (musik),

"Law of the Land", eine tanzszene nach "the temptations", dargeboten vom bg und brg 8, albertgasse 38, unter mag. dora mayerl und

"oesterreichische impressionen", ein strassentheater in form eines puppenspiels, gestaltet von der bildungsanstalt fuer kinder-gaertnerinnen 19, doeblinger hauptstrasse 83, unter prof. doktor christine mehl.

auf einem empfang im wiener rathaus ueberreicht gemeinderat erik h a n k e in vertretung von vizebuergermeisterin gertrude froehlich-sandner allen 20 spielgruppen, die am dritten wiener schultheater-festival teilgenommen hatten, urkunden. der stellvertretende generalsekretaer der ersten oesterreichischen spar-casse, ernst s i m m e t , uebergab jeder gruppe ein sparbuch ueber 2.000 schilling als spende seines instituts.

fuer das vierte wiener schultheater-festival 1977 werden vom landesjugendreferat wien bereits wege ueberlegt, allen sich anmeldenden gruppen auftrittsmoeglichkeiten und allen besuchern zuschauerplaetze zu sichern. heuer mussten neun gruppen und viele besucher aus platz- und zeitmangel abgewiesen werden. (os)

++++

Kommunal:Wiener Gemeinderat
=====

Wien, 13.12. (RK) Bürgermeister Leopold Gratz eröffnete Montag die mehrtägige Sitzung des Wiener Gemeinderates, in der das Budget 1977 beraten wird. Dem Gemeinderat lag eine Anfrage der ÖVP und zwei Anträge von Bezirksvertretungen vor. Die Bezirksvertretung des 13. Bezirkes fordert die Einrichtung einer Schnellbahn auf der Verbindungsbahn und auf der Vorortelinie, die Bezirksvertretung des 19. Bezirkes wünscht die Öffnung der Vorortelinie für den Passagierverkehr und die Elektrifizierung dieser Linie.

An die Stelle des kürzlich verstorbenen Gemeinderates Otto Gratzl wurde Wilhelm Miksch (SPÖ) aus dem 20. Bezirk angelobt.

Wiener Budget 1977

Finanzstadtrat Hans Mayr (SPÖ) legte das Budget 1977, den Finanz- und Investitionsplan 1977 bis 1981 und den Gebührenspiegel vor.

Die Erhaltung der Vollbeschäftigung hat nach wie vor die Priorität. Dafür werden öffentliche Mittel gezielt und massiv eingesetzt. Mayr sprach die Solidarität aller Arbeitnehmer und der Selbständigen an, um notwendige Opfer auf alle zu verteilen und nicht auf einige wenige abzuwälzen, die aus dem Arbeitsprozeß **aus-**scheiden. Wien lag 1975 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate von 1,2 Prozent unter dem österreichischen Durchschnitt von zwei Prozent. Dieses gute Ergebnis war nur durch das Zusammenwirken der Maßnahmen der Bundesregierung und der Stadt Wien möglich.

Im Budget 1977 werden die Investitionen weit über das Aufkommen der Inflationsrate hinaus getätigt. Sie steigen nominell von 8,6 Milliarden auf 10,1 Milliarden. Diese Investitionen sollen dem noch keineswegs gesicherten Aufschwung dienen. Dazu kommt ein Wirtschaftsförderungspaket, das schwerpunktmäßig eingesetzt wird.

Mayr sprach sich für ein regionales wirtschaftspolitisches Konzept für den Osten und den Süden Österreichs aus. Wegen der geographischen Lage drohen diese Gebiete in der wirtschaftlichen Dynamik hinter dem Westen Österreichs zurückzubleiben. Gerade deswegen

wird es notwendig sein, gemeinsam vorzugehen. Speziell Niederösterreich und Wien müssen enger zusammenarbeiten.

Schwerpunkte des Budgets 1977 sind die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, der Wohnbau und der öffentliche Nahverkehr. Der Abgang bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wird 1977 4.037 Millionen ausmachen. Das sind zwölf Prozent der gesamten Einnahmen oder ungefähr der gleiche Betrag, der durch die gesamten Landes- und Gemeindeabgaben hereinkommt. Das Defizit steigt bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten stärker als der Budgetrahmen. Während sich im Zeitraum 1970 bis 1977 der Budgetrahmen um 147 Prozent ausweitete, stieg das Defizit im Gesundheitswesen um 157 Prozent. Natürlich muß bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten ökonomisch und sparsam vorgegangen werden, eine Lösung ist allerdings durch Sparsamkeit allein nicht zu erreichen. Wenn eine optimale Versorgung der Patienten in den Wiener Spitälern weiter gegeben sein soll, muß man Jahr für Jahr mit steigenden Kosten rechnen. Die Sozialversicherungsträger, die derzeit rund 33 Prozent der Spitalskosten tragen, werden ebenfalls mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. Nur dadurch werden die Spitalskosten ohne Schmälerung der in der Stadt notwendigen Investitionen getragen werden können.

Im Wohnbau wurde in Wien die in Zeiten der Hochkonjunktur angelegte Rücklage forciert eingesetzt, mit dem Effekt, daß die Bauwirtschaft in Wien die beste Beschäftigungslage in Österreich hatte. 1977 stehen Wien nur die "normal" zufließenden Mittel aus der Wohnbauförderung zur Verfügung. Eine eigene Anleihe aufzunehmen, wie es die ÖVP verlangt, könnte nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Wenn aber im Zeitpunkt der Aufnahme noch keine Dauerlösung für den Wohnbau gefunden wurde, ist eine solche Lösung abzulehnen.

Der städtische Nahverkehr ist weiterhin Schwerpunkt des Budgets. Es gilt, möglichst rasch wirksame Maßnahmen zu treffen. Mayr führte die Fertigstellung des Grundnetzes der U-Bahn und eine Verbesserung der Schnellbahnlinien an. Derzeit gibt die Stadt Wien als HV-Verwaltung rund 4,5 Milliarden für den öffentlichen Nahverkehr aus.

Daß die Einnahmen mit den Ausgaben nicht mitkommen zeigt der Finanz- und Investitionsplan 1977 bis 1981.

Während die Einnahmen um 8,1 Prozent jährlich steigen, gehen die Ausgaben ohne bauliche Investitionen um zehn Prozent in die Höhe. Damit verringert sich der Rahmen für bauliche Investitionen ohne die Aufnahme von Fremdmitteln von 6,5 Milliarden im Jahre 1977 auf 5,5 Milliarden im Jahre 1981.

Das Budget der Stadt Wien liegt jedes Jahr zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Diesmal machten 82 Wienerinnen und Wiener von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Mayr referierte abschließend die Minderheitsanträge der ÖVP. Der erste Antrag verlangt, daß über die Sperrung der Ermessenskredite nicht der Finanzstadtrat, sondern der zuständige Gemeinderatsausschuß entscheidet. Der zweite Antrag sieht detaillierte Änderungen einzelner Budgetposten vor. (sei)

Debatte über Budget

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte fest, daß das Budget 1977 von einer positiven Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr ausgehe. Gerade unter diesem Aspekt sei der Voranschlag ein Zeugnis für die Ausweglosigkeit der Wiener Finanzpolitik. Einnahmen von rund 41 Milliarden stehen Ausgaben von rund 43 Milliarden gegenüber. Daraus resultiere ein formales Defizit von rund zwei Milliarden. Zu den Einnahmen werden jedoch auch Anleihen und Kredite in der Höhe von 3,5 Milliarden gerechnet, sodaß sich das tatsächliche Defizit auf 5,5 Milliarden erhöhe. Dies bedeute, daß sich der Gesamtschuldenstand der Stadt Wien innerhalb eines einzigen Jahres - bei positiver Wirtschaftsentwicklung - um 30 Prozent erhöhe. Das Defizit der Stadt Wien sei nicht mehr konjunkturell, sondern strukturell bedingt. Bis 1981 werde bei positiver Wirtschaftsentwicklung mit einem Wachsen des Gesamtschuldenstandes auf 45 Milliarden gerechnet. Wien gerate damit in eine den übrigen Ländern entgegengesetzte Wirtschaftsentwicklung und in eine ähnlich verzweifelte Budgetsituation wie der Bund.

Dr. Hirnschall mußte wegen eines plötzlichen Unwohlseins seine Rede unterbrechen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde kurz unterbrochen.

Anschließend ergriff GR. Hahn (ÖVP) das Wort. Von der Belastungswelle der sozialistischen Bundesregierung, die seit den letzten Nationalratswahlen Mehrbelastungen von insgesamt 27 Milliarden brachte, habe allein die Wiener Bevölkerung sechs Milliarden Schilling zu tragen. Von all diesen Erhöhungen erhalten die Länder jedoch keinen, beziehungsweise nur einen geringen Anteil. Hahn wandte sich gegen den von Stadtrat Mayr gemachten Vorschlag eines fünfprozentigen Zuschlages zur Lohn- und Einkommensteuer für die Spitalfinanzierung und kritisierte, daß der Bund für die Erhaltung der Spitäler zuwenig leiste. Die Finanzpolitik der Regierung habe auf Bundesebene versagt, während sich Stadtrat Mayr nicht an die Beschlüsse der Landeshauptleute-Konferenz halte und sich beim Finanzminister nicht durchsetze. Die Wiener treffe eine ständige Steuer-Belastungswelle ohne entsprechende Gegenleistungen. Damit befinde man sich auf dem "schwedischen Weg", den die ÖVP ablehne.

Hahn kritisierte, daß in den Einleitungen zum Budget der Hinweis auf die Beschäftigungslage fehle. Bei der Dienstgeberabgabe, der "U-Bahn-Kopfsteuer", werde mit einer Einnahmenminderung von zehn Millionen gerechnet, das entspreche um 19.000 Arbeitsplätze weniger. Noch sei die Beschäftigungslage in Wien gut. Dies sei vor allem ein Verdienst der kleinen und mittleren Unternehmen. Beim Wohnbau werde die Situation aber spätestens 1978 gefährlich. 1985 sei voraussichtlich mit einer Einwohnerzahl Wiens von 1,485.000 zu rechnen. Dies bedeute, daß die Finanzkraft Wiens sinke. Für das Allgemeine Krankenhaus, für die UNO-City, für den U-Bahn-Bau und für die Donauinsel seien jedoch gewaltige Mittel erforderlich. Die SPÖ habe die UNO-City stets bevorzugt, für deren "Gigantomanie" trage die SPÖ-Regierung die Verantwortung. 1977 muß Wien für den Bau der UNO-City 384 Millionen aufbringen. Die damit im Zusammenhang stehenden Verkehrsprobleme seien nach wie vor ungelöst.

Für das Allgemeine Krankenhaus sei eine Baurate von 800 Millionen vorgesehen, wovon Wien die Hälfte aufzubringen habe. Um den Fertigstellungstermin 1985 halten zu können, wären jedoch drei Milliarden erforderlich. Hahn stellte den Antrag, die Ausgabenpost für das Allgemeine Krankenhaus von 400 auf 450 Millionen S zu erhöhen.

Zu den Auseinandersetzungen über die Finanzierung der Spitalsdefizite erklärte Hahn, daß bei den ständig steigenden Medikamentenkosten Einsparungen möglich sein müßten. Die Gewinne der pharmazeutischen Industrie seien zu überprüfen. Die Krankenkassen dürften sich nicht auf die Defizite ausreden, um einen höheren Anteil an den Verpflegskosten zu entgehen, wenn andererseits der Hauptverband der Sozialversicherungsträger teure Bürogebäude baue.

Unterbudgetiert seien die Kläranlage und die Kanalbauten. Hahn stellte den Antrag, die Post "Bau der Hauptkläranlage" um 70 Millionen Schilling, die Post "Bauliche Herstellungen bei Kanälen" um 72 Millionen Schilling zu erhöhen. Auf dem Gebiet der Infrastruktur gebe es jahrelange Versäumnisse der SPÖ. Die ÖVP verlange daher in ihrem Antrag, daß nicht nur die Gebrauchsgebühr für Gas- und E-Werke gestrichen werde, sondern auch, daß die Hoheitsverwaltung den Gaswerken 70 Millionen für die Erneuerung des Gasrohrnetzes zur Verfügung stelle.

Die Verkehrssituation in Wien sei in den letzten Jahren nicht besser geworden. Hahn stellte den Antrag, dem Gemeinderat ein Generalverkehrskonzept unter Bedachtnahme auf die Stadterneuerung und den Umweltschutz vorzulegen.

Der Bau der U 3 sollte vordringlich behandelt werden. Für die zügigere Durchführung der Vorarbeiten verlange die ÖVP einen Betrag von 100 Millionen. Von den 750 Millionen, die den Bundesbahnen aus der Nahverkehrsmilliarde zur Verfügung gestellt werden, werden zirka 300 Millionen im Wiener Raum verbaut. Dieser Betrag werde jedoch für die Tieflegung der Preßburger Bahn und den Bau des Flughafen-Bahnhofes Schwechat verwendet. Die Tieflegung erfolge aus Sicherheitsgründen im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Piste für den Flughafen und habe mit der Förderung des Nahverkehrs nichts zu tun.

Mehrere S-Bahn-Ringe wären in Wien möglich, die Ausbaukosten würden rund vier Milliarden betragen. Hahn stellte die Frage, wann endlich eine Grundsatzentscheidung über die Vorortelinie und die Verbindungsbahn gefällt werde. Der Wohnbau sehe im Budget günstig aus. Der Gemeindewohnbau weise eine Steigerung um 38 Prozent auf. Die Förderung aller anderen Bauträger werde jedoch eingeschränkt. Hahn bedauerte, daß weiterhin bedeutende Mittel für die Stadterweiterung aufgewendet werden, und forderte die Priorität für die Stadterneuerung. Um eine kontinuierliche Wohnbautätigkeit zu sichern, stellte Hahn den Antrag, eine Wohnbau-Anleihe in der Höhe von 500 Millionen aufzunehmen. Hahn stellte die Anfrage, bei welchen innerstädtischen Kasernen Wien vordringlich an einer Absiedlung interessiert sei und wie die Verhandlungen mit dem Bund über Ersatzgründe am Stadtrand stehen.

Abschließend kündigte Hahn an, daß die ÖVP den Voranschlag 1977 ablehnen werde. (ger)

Nachdem er sich von seinem Schwächeanfall erholt hatte, kam GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) auf weitere Ursachen der schweren Finanzkrise zu sprechen, in der sich Wien nach Ansicht der FPÖ befindet. Dr. Hirnschall nannte Fehler auf dem Planungssektor (Karlsplatz, neues AKH), das Fehlen eines Verkehrskonzepts, die Durchführung aufwendiger Prestigebauten sowie eine unverständliche Subventionspolitik. Demgegenüber blieben dringende Anliegen der Bevölkerung auf der Strecke. Abänderungsanträge zum Budget, die er namens seiner Fraktion stellen werde, seien durch Einsparungsvorschläge und Budgetumschichtungen gedeckt.

Als drückend bezeichnete Dr. Hirnschall den Mangel an Pflegebetten. Die Wartelisten würden immer länger, Neuaufnahmen erfolgten nur nach der Zahl der Todesfälle in der Vorwoche. Während im Vorjahr 80 Millionen für die Errichtung des Pflegeheims im Sozialmedizinischen Zentrum Ost eingesetzt waren, sind im vorliegenden Budget nur 40 Millionen vorgesehen. Für das dringend notwendige Pflegeheim Süd sind nur Planungskosten in Höhe von 5 Millionen vorgesehen. Eine Limitierung der Kosten der UNO-City zugunsten der Pflegeheime könnte hier Abhilfe schaffen.

Nachdem er als weitere dringende Anliegen die Fertigstellung

der Hauptkläranlage, die dritte Wasserleitung und die Erneuerung der Rohrnetze gefordert hatte, legte Dr. Hirnschall folgende Anträge vor: die Ausgabenpost "Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen" in Höhe von 214 Millionen zu streichen; die Reserve für verschiedene Finanzangelegenheiten von 590 Millionen um 202,51 Millionen auf 387,49 Millionen herabzusetzen; die Stadtwerke von der Bezahlung der Gebrauchsgebühren zu befreien.

Zur Verbesserung des Schnellbahnverkehrs forderte der Debattenredner den Ausbau der Vorortelinie, der Verbindungsbahn, der Ostbahntrasse und die Schaffung einer leistungsfähigen Bahnverbindung zum Flughafen Schwechat. Im Vorjahr habe die FPÖ verlangt, 150 Millionen für den Ausbau der Vorortelinie vorzusehen. Erst kürzlich sei seitens der Österreichischen Bundesbahnen bekannt geworden, daß die Elektrifizierung der Vorortelinie deshalb ausgesetzt worden sei, weil die Wiener Stadtverwaltung noch nicht bekanntgegeben hätte, ob sie eine Benützung dieser Linie für den Personenverkehr plane.

Das Interesse der Bevölkerung an Naherholungsflächen habe sich bei der Ottakringer Assanierung gezeigt, setzte Dr. Hirnschall fort. 80 Prozent der Befragten sprachen sich für solche Möglichkeiten aus. Große Flächen am Stadtrand werden bestenfalls einmal in der Woche aufgesucht. Daher schlage seine Fraktion vor, von den für Grunderwerbzwecke vorgesehenen 470 Millionen den Betrag von 50 Millionen für einen zu schaffenden Grünlandfonds abzuzweigen. Damit könnten 10.000 bis 20.000 Quadratmeter Grün- und Erholungsflächen im dichtverbauten Gebiet geschaffen werden.

Den Neubau des AKH bezeichnete Dr. Hirnschall als Kind der großen Koalition, jetzt werde eifrig Kinderweglegung betrieben. Es sei keine Lösung, das Bettenhaus zu halbieren - auf diese Weise würden die Fixkosten pro Bett nicht geringer, sondern nur höher. Vielmehr müßten die Einsparungs- und Rationalisierungsvorschläge der Gutachter konsequent angewandt werden. Diese Gutachter hätten bekanntlich errechnet, daß die Verwaltungskosten im AKH um drei- bis viermal höher, die Medikamentenkosten sechsmal so hoch wie in jedem anderen Spital sind.

Abschließend nannte der Redner eine Einnahmepost, die im vorliegenden Budget nicht aufscheint, obwohl sie im Bundesbudget als Ausgabepost zugunsten Wiens enthalten sei. Es handle sich um 312,5 Millionen aus den Erträgen der Bundes-Kraftfahrzeuge-

steuer mit einem Einnahmesatz von 312,5 Millionen Schilling." Seine Fraktion werde gegen das Budget stimmen. (we)

Zu den Behauptungen eines seiner Vorredner stellte GR. Schreiner (SPÖ) fest, daß der Mann auf der Straße über Schwarzmalerei wie "drohende Not", "riesige Staatsverschuldung", "zusammenbrechende Wirtschaft" verständnislos den Kopf schütteln werde. Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft lag gerade in den letzten fünf Jahren weit über dem Durchschnitt aller Industrienationen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Wirtschaftspolitik ist sogar sehr groß. Einige Zahlen sprechen für sich: Die Arbeitslosenrate lag 1975 in Österreich bei knapp zwei Prozent, in der BRD bei 4,7 Prozent, in Großbritannien bei vier Prozent, in Belgien bei 6,7 Prozent in den USA bei 8,5 Prozent. Im heurigen Sommer hat sich die Situation weiter verbessert. In Österreich sank die Arbeitslosenrate auf 1,1 Prozent gegenüber 6,4 Prozent in Großbritannien und 4,1 Prozent in der BRD. Ausländische Zeitungen weisen immer wieder auf die außerordentlich günstige Wirtschaftslage Österreichs hin, etwa auf die relativ geringe Staatsverschuldung. Österreich liegt unter zehn Staaten an zweitbesten Stelle, und was die Steuerbelastung und Sozialabgaben betrifft, rangiert Österreich unter zwölf Ländern an sechster Stelle.

GR. Schreiner setzte sich dann ausführlich mit dem ÖVP-Antrag zum Budget auseinander und meinte, wo es an Einfällen mangle, werde die einfache Methode des Gießkannenprinzips angewandt. Der ÖVP-Antrag würde mehr als eine Milliarde erfordern. Die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben von 590 Millionen - wie vorgeschlagen - dafür einzusetzen, wäre aber sträflicher Leichtsinn. Zu einigen Detailvorschlägen der ÖVP: Den Stadtwerken die Gebrauchsabgaben nachzulassen - das würde die Konkurrenzverhältnisse verzerren. Zum Vorschlag, die Sachkredite bei den Spitälern zu erhöhen - es sind ohnedies jene Bauraten eingesetzt, die sich überhaupt verbauen lassen. Bezüglich des AKH-Neubaues drückte der Redner die Hoffnung aus, daß der Bund seinen Beitrag erhöhen wird. Alles in allem ist der ÖVP-Antrag nicht nur in der Form schlecht, sondern noch schlechter im Inhalt, die Sozialisten werden ihn ablehnen.

Von der Einnahmenseite des Haushaltsplanes ausgehend, erklärte GR. Schreiner, daß 36 Milliarden direkt der Wirtschaft zufließen werden, dazu kommen noch rund 3,2 Milliarden über die Stadtwerke

der Wirtschaft direkt zugute. Das ist ein ansehnlicher Betrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und zur Weiterentwicklung der Wirtschaft, der weit über unsere Stadt hinaus Bedeutung hat. Dazu tragen die Steuerleistungen der Wiener wesentlich bei. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Gemeinderates, die steuerlichen Rechte zu gebrauchen und wohlüberlegt zu handhaben. Als Paradebeispiel mit hoher Qualität, wenn auch der Ertrag mit 20 Millionen gering ist, kann die Parkometergebühr angesehen werden. Der Aufwand ist gering und einfach, die Gebühr bringt Ertrag, und der Verpflichtete zahlt gerne, weil er dafür einen Nutzen hat.

Dem Gemeinderat wird auch der Gebührenspiegel vorgelegt. Steigende Preise und Kosten machen kleinere Korrekturen nötig, aber gleichzeitig werde bei einer großen Anzahl von Diensten der Stadt auf Kostendeckung verzichtet. Die tragende Säule im Haushaltsplan sind die zwölf Milliarden aus den gemeinsamen Bundesabgaben. Bei diesem Ertragsanteil bleibt mancher Wunsch offen.

Es soll ein "bedarfsdeckender Ausgleich" erzielt werden und keine Verteilung nach dem Aufkommen erfolgen. Dieser "bedarfsdeckende Ausgleich" wird sicher nicht einfach sein, da der Bedarf der Gemeinden objektiv und subjektiv immer größer wird. Tatsächlich wird der Anteil Wiens am Aufkommen der gemeinsamen Abgaben immer größer, der Ertrag jedoch immer kleiner. Von den gemeinsamen Abgaben im Jahre 1974 von 38 Milliarden Schilling hat Wien allein 41,58 Prozent aufgebracht, aber nur 24,89 Prozent zugeteilt bekommen. 6,3 Milliarden sind in andere Bundesländer geflossen. Neben Wien sind es nur noch Salzburg und Vorarlberg, die mehr aufbringen, als sie zurück-erhalten. Diese Tatsache drängt zwei Gedanken auf: Es ist unrichtig vom Wasserkäpf Wien zu reden; Wien ist sich seiner solidarischen Verpflichtung anderen Bundesländern gegenüber durchaus bewußt, das sollte wenigstens rhetorisch anerkannt werden.

Der zweite Gedanke ist der, daß man fast meinen könnte, daß man Verpflichtungen Wiens seiner Bevölkerung gegenüber geringer einschätzt. Man sollte doch die Leistungskraft der Wiener nicht überfordern.

Abschließend versicherte der Redner, daß der Haushaltsplan mit der gebotenen Vorsicht erstellt wurde, daß er die Gewähr für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung biete. (smo)

Gratz zu Donauparkzentrum

Bürgermeister Leopold Gratz (SPÖ) wandte sich in einer Tatsachenberichtigung gegen den Vorwurf von GR. Hahn, er habe in einem Rundfunkinterview über das von der ÖVP-Regierung geplante Ausmaß des Donauparkzentrums die Unwahrheit gesagt. Der Ministerrat vom 21. Februar 1967 beschloss, daß für die Planung und Errichtung des Donauparkzentrums das von der UNIDO und der Internationalen Atomenergiebehörde vorgelegte Raum- und Funktionsprogramm zu Grunde gelegt wird. In einem Sonderbericht für das Plenum des Nationalrates wurde damals die Forderung dieser Organisationen mit einem Baumprogramm zugeschnitten auf 7.050 Personen beziffert.

Einem Konsens über die Einnahmenbeschaffung steht von ÖVP-Seite nichts entgegen, erklärte GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP). Es würde genügen, wenn der Finanzstadtrat beim Finanzausgleich prozentmäßig das heimbringen könnte, wie es unter der ÖVP-Bundesregierung gelang. Der Anteil Wiens am Ertrag der gemeinschaftlichen Bundesabgaben belief sich 1967 noch auf 40,3 Prozent, 1977 werden es voraussichtlich nur mehr 35,3 Prozent sein. Der Versuch des Finanzministers, die Länder finanziell auszuhöhlen, macht auch vor Wien nicht halt. Nachdem der Finanzausgleich paktiert und ein Konsens über die zukünftige Einnahmenentwicklung erzielt wurde, machte der Bund ständig weitere neue Einnahmen durch Erhöhung der ausschließlichen Bundesabgaben. Die Erhöhung der Bundeskraftfahrzeugsteuer, der Mineralölsteuer, aber auch der Mehrwertsteuer verbesserte die Situation des Bundes gegenüber den Ländern.

Wenn die UNO-City ein Teil des außenpolitischen Konzeptes ist, dann kann Wien für die gesamtösterreichischen Belange nicht so stark zur Kasse gebeten werden, wie das derzeit der Fall ist. Der Bund müßte einen höheren Beitrag leisten.

Der Finanz- und Investitionsplan der Stadt Wien wird zunehmend zu einem "Finanzlückenplan". Es zeigt sich, daß zu viele Projekte auf einmal ohne entsprechende Schwerpunktsetzungen begonnen wurden. Vom Traum des Gründungszeitalters, in dem sich die Mehrheit dieses Hauses lange wähnte, blieb nur das Trauma der Finanzierungslücke. Die im Finanz- und Investplan aufgezeigte Möglichkeit der Einschränkung der Investitionen von 6,5 Milliarden im Jahr 1977 auf 5,5 Milliarden im Jahr 1981 zeigt eine bedenkliche Talfahrt auf.

Für die ÖVP ist das Parkinson'sche Gesetz kein Naturgesetz. Wo ist die Verwaltungsreform, wo sind Methoden des modernen Managements, die zu einem rationelleren Personaleinsatz führen. Die im Finanzplan ausgewiesene Personalbedarfsprognose weitet den Personalstand um beträchtliche 7,5 Prozent aus. Wöber stellte den Antrag, diese Prognose detailliert den Magistratsabteilungen aufzuschlüsseln und den Mehrbedarf jeweils zu begründen. (sei)

Das Budget 1977 werde in einer Zeit erstellt, die zu der berechtigten Hoffnung Anlaß gebe, daß sich die wirtschaftliche Situation erholt, erklärte GR. Pöder (SPÖ). Die ÖVP habe 1975 für das Jahr 1976 eine krisenhafte Entwicklung vorausgesagt. Tatsächlich sei nun mit einem Wachstum von vier Prozent zu rechnen, die Arbeitslosigkeit lag nie über zwei Prozent.

Im Budget 1977 werde der Stärkung des industriellen und gewerblichen Sektors Vorrang eingeräumt. Im Oktober 1976 waren in Wien 805.000 Personen im Arbeitsprozeß beschäftigt, davon 726.000 Österreicher und 79.000 Gastarbeiter. Die Zahl der österreichischen Beschäftigten erreichte damit einen noch nie dagewesenen Höchststand. Für die Zukunft müsse in Wien für 70.000 bis 80.000 Arbeitsplätze für Jugendliche vorgesorgt werden. Deshalb sei auch die Stärkung der arbeitsintensiven Wirtschaftszweige notwendig. Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit. Von den 7.900 Arbeitslosen in Wien sind nur acht Prozent Jugendliche bis 19 Jahre.

Die drei großen Posten im Budget sind Personal, Sachaufwand und Investitionen. Im Vorgergrund der Aufgaben der Gebietskörperschaft stehen die Erbringung von Leistungen und die Förderung.

Die wichtigsten Zielsetzungen seien die zügige Fortsetzung aller begonnenen Projekte sowie der Beginn neuer Aufgaben und Projekte wie zum Beispiel Schulbauten, Bezirkshallenbäder und Wohnbauten.

Die Investitionen steigen von 26,3 Prozent im Jahr 1975 auf 27,5 Prozent.

Der Hauptteil der Investitionen von insgesamt 9,5 Milliarden Schilling, nämlich 8,1 Milliarden Schilling, fließt in die Bauwirtschaft.

Insgesamt 11,6 Milliarden Schilling werden verbaut. In dieser Summe sind auch bauliche Erhaltungskosten enthalten.

Pöder wandte sich gegen die Haltung der ÖVP, die einerseits die Aufnahme von Darlehen fordere, andererseits aber die Vergrößerung des Schuldenstandes kritisieren. (ger)

Zur Frage der Arbeitsplätze-Anzahl in der UNO-City stellte GR. Hahn (ÖVP) fest, daß das ursprüngliche, unter der ÖVP-Regierung erstellte Angebot auf 1.050 Plätze für die UNIDO und 1.050 für die Atombehörde gelautet habe, dazu wurde eine Reserve von 30 Prozent angenommen.

Als Beweis dafür, daß die Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes später erfolgt ist, führte der Redner ein Schreiben des damaligen Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kirchschräger an UNO-Sekretär Dr. Waldheim an, worin 4.500 Arbeitsplätze angeführt wurden.

Bürgermeister Gratz (SPÖ) nahm im Hinblick auf seine New York-Reise zu dieser Frage Stellung. Er sei bei einer Pressekonferenz gefragt worden, wieso die UNO-City für 4.600 Personen ausgelegt wurde. Der Bürgermeister zitierte einen Sonderprüfungsbericht des Rechnungshofes, der besagt, daß nicht mehr feststellbar sei, wie es zur Ausweitung der Arbeitsplätze kam. Im Februar 1971 habe die UNIDO Plätze für 3.920 Arbeitskräfte verlangt, die Atombehörde 3.130. Gratz stellte abschließend fest, daß er die Ausweitung des Raumangebots für die UNO nicht als Vorwurf gegenüber der ÖVP verstanden haben wolle. (we)

Finanzstaatsrat Mayr (SPÖ) nahm zu einigen aufgeworfenen Fragen und Behauptungen Stellung. Er habe zur Abdeckung des Spitalsdefizits nie einen fünfprozentigen Zuschlag zur Lohn- und Einkommenssteuer verlangt, sondern lediglich festgestellt, daß die Defizitdeckung einen fünfprozentigen Zuschlag erfordern würde. Man solle sich über die Defizitabdeckung keine Illusionen machen,

wenn man etwa von Einsparungen bei den Medikamenten rede. In Wien entfallen auf die Kosten pro Bett von 944 S 64 Prozent auf Personalkosten, jedoch nur zwölf Prozent auf Medikamente. Vielleicht könnte man da einsparen, aber sicher kein Defizit wegbringen. Zur Frage, warum Betriebe aus Wien nach Niederösterreich abgewandert sind: Jahrzehntlang gab es in Wien Arbeitskräftemangel, die Betriebe sind daher den Arbeitskräften nachgewandert, ins Marchfeld, ins Tullner Feld. Zur Behauptung, daß es zwischen ÖBB und Wien seit 1974 keine Gespräche gegeben habe: Es wurde sogar eine Verkehrsverbundorganisation zwischen Niederösterreich, Burgenland und Wien auf die Beine gestellt, es werden ununterbrochen Gespräche geführt. Zur Einrichtung eines S-Bahn-Betriebs auf der Vorortelinie: Niemand hat das abgelehnt, aber schließlich befindet sich die U-Bahn in entscheidenden Bauphasen, die sicherlich vorrangig zu Ende geführt werden müssen.

Zur Frage der Budgetreserven für Unvorhergesehenes: Das dafür eingesetzte Geld dient ganz sicher diesem Zweck, darüber hinaus aber für jene Preissteigerungen, die eintreten, weil die Sachkredite auf der Preisbasis zum Zeitpunkt der Beschlußfassung erstellt werden. Bei der Frage des Ausbaues der S-Bahn und des Nahverkehrs geht es nicht um die reinen Investitionen, es geht um die Betriebskosten. Man kann doch den Stadtbewohnern nicht zumuten, die Betriebskosten für ihre städtischen Verkehrsmittel zu tragen und darüber hinaus noch für die ÖBB zu zahlen. Was den Zuschuß aus der Kraftfahrzeugsteuer betrifft, so werde mit dem Finanzminister darüber verhandelt. Sicher ist, daß Wien 25 Prozent, schätzungsweise 300 Millionen, für den Ausbau der U-Bahn erhalten wird. Beim seinerzeitigen Beschluß über den Bau der UNO-City wurde Wien ein Anteil der Kosten von 35 Prozent übertragen. Wien hat dann zusätzlich das Grundstück zur Verfügung gestellt und auferlegt bekommen, die Straßenverbindungen bis zum Flughafen Schwechat zu bauen. Der echte Anteil Wiens ist damit auf weit mehr als fünfzig Prozent gestiegen. Mayr wandte sich schließlich gegen die Behauptung, daß in Wien der Fremdenverkehr stagniere. Während zwar in ganz Österreich eine Stagnation zu verzeichnen war, ist gerade in Wien der Fremdenverkehr um sieben Prozent gestiegen, und gerade aus Herkunftsländern, die schwerpunktmäßig von der Werbung betreut worden waren. Es ist auch grundfalsch, zu sagen: Es wäre zu schauen,

daß Wien nicht hinter allen anderen Bundesländern zurückbleibt. Wien hat die gleichen Probleme, die der ganzen Ostregion infolge der extremen Randlage gemeinsam sind. Wien schneidet aber innerhalb dieser Ostregion günstig ab. Zur Frage des Finanzausgleichs erklärte Mayr, daß seit 1945 der Anteil der großen Städte ständig abgenommen hat, daß die Tendenz der Nivellierung ständig fortgeschritten ist. Erstmals konnte jedoch beim Finanzausgleich 1973 eine geringfügige Korrektur erzielt werden. Über Nacht ist aber die Tendenz nicht umzudrehen. Es wird Aufgabe bei den Verhandlungen um den Finanzausgleich 1978 sein, die Tendenz in Richtung Städte zu verändern. Das betrifft nicht nur Wien allein.

Abschließend sagte Mayr, daß es bei diesem Haushaltsplan nicht gelungen ist, jene Wünsche der Opposition zu erfüllen, die mehr Subventionen, mehr Ausgaben und gleichzeitig weniger Steuern und weniger Defizit zum Inhalt haben. So ein Patentrezept den Wienern zuzumuten, wäre eine Unterschätzung ihrer Urteilsfähigkeit. Hingegen wurde versucht, im mittelfristigen Finanzplan und im Haushaltsplan eine völlig ungeschminkte Darstellung zu geben, die Finanzsituation darzustellen und die Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. Die Bevölkerung soll sehr genau Bescheid wissen, wie es in ihrer Stadt aussieht und was bisher geleistet wurde. Es werden keine leichten Probleme herankommen, sie werden den Opferwillen aller beanspruchen, sie werden aber verstanden und gelöst werden können. (smo)

"Wozu soll man sich anstrengen, die Leute zahlen's eh" könnte als Motto zu den Überlegungen zu einer neuen Spitalssteuer stehen, erklärte Stadtrat Lehner (ÖVP). Bei Amtsantritt von Stadtrat Stacher habe auch die ÖVP einiges von ihm erwartet, daß er bis heute schuldig blieb. Darüber hinaus hat der Bund seine Leistungen für die Spitäler eingeschränkt. Anscheinend ist der lange Marsch des Mao Tse Tung im Vergleich zum Weg des Finanzstadtrates zum Finanzminister ein Sonntagsspaziergang. Die ÖVP verlangt, daß der Bund zumindest 28 Prozent des Abganges deckt.

Lehner kritisierte besonders, daß keine Mittel für den Bau des Krankenhauses im sozialmedizinischen Zentrum Ost vorgesehen sind. Bereits 1964 hat der damalige Bürgermeister Jonas von einem unmittelbar bevorstehenden Baubeginn gesprochen. Damals wohnten 145.000 Menschen nördlich der Donau. Die Bevölkerung ist inzwischen auf 200.000 gewachsen, während die Kapazität des Floridsdorfer Krankenhauses um 20 Betten gesunken ist.

Im Detail erwähnte Lehner an Versäumnissen der Wiener Gesundheitspolitik: Die Pflegeheime wurden nicht forciert ausgebaut, die Gebührenerhöhung ist bei den Spitälern höher als die Kostensteigerung, viele medizinisch-technische Geräte sind nicht annähernd ausgelastet und die bereits 1970 von der ÖVP verlangte Normkostenrechnung wurde bis heute noch nicht erstellt. (sei)

Debatte: "Personal und Sport"

Anschließend wurde das Kapitel "Personal und Sport" (Amtsführender Stadtrat Kurt Heller) beraten.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte den steigenden Aufwand für Dienstkraftwagen, der beim Magistrat um 33 Prozent und bei den Funktionären um 46 Prozent höher sei als im Vorjahr. Auch unter Berücksichtigung der Erhöhung der Zahl der Amtsführenden Stadträte um zwei sei diese Steigerung unverständlich. Dr. Hirnschall stellte die Anträge, die beiden Ausgabenposten um je eine Million zu kürzen.

Dr. Hirnschall gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß zwei FPÖ-Anträge des vorigen Jahres im Budget 1977 nunmehr Rechnung getragen werde: Die Summe für die Prämierung von Verbesserungsvorschlägen wurde verdoppelt, die Mittel für die Personalwerbung wurden gekürzt.

Dr. Hirnschall stellte fest, daß die Gehälter und Pensionen nicht die Ursache der katastrophalen Situation der Stadtfinanzen seien. Der Personalaufwand gehe von 32,8 Prozent auf 31,5 Prozent zurück. Die Personalkosten sind um 900 Millionen niedriger als vor einem Jahr im Finanz- und Investitionsplan geschätzt. Der Grund liege darin, daß im Gehaltsabkommen nicht die erwartete elfprozentige Steigerung vereinbart wurde.

In der Personalbedarfsprognose fehlen Rationalisierungsüberlegungen. Es sei klar, daß für neue Einrichtungen neue Dienstposten geschaffen werden müssen, andererseits stehe fest, daß der Betrieb in allen Anstalten schwerfällig und überbürokratisch sei.

Bei zwei Posten müsse es Fehler in den Zahlenangaben des Rechnungsabschlusses oder des Budgets geben. Im Rechnungsabschluß 1975 werden die Pensionen bei den Kindergärten mit 75 Millionen, beim Allgemeinen Krankenhaus mit 109 Millionen angegeben, im Budget 1977 dagegen mit 130 Millionen beziehungsweise mit 155 Millionen.

Dr. Hirnschall erklärte, daß die Weichen bei den Sportausgaben falsch gestellt seien. Mit 187 Millionen werde zwar viel ausgegeben, aber keineswegs optimal. 85 Prozent der baulichen Investitionen gehen auf Kosten der Großprojekte, für Breitensportanlagen in den einzelnen Bezirken bleibe nur wenig. Hier sei in Zukunft eine Umorientierung notwendig.

Der überwiegende Teil der Förderungsmittel komme der Stadthalle, den Dachverbänden der beiden Großparteien und dem Wiener Fußballverband zugute. Leichtathletik, Turnen, Schwimmen und Handball, die - im Vergleich zum Fußball - für den Breitensport, zum Teil aber auch für den Spitzensport mehr leisten, werden dagegen vernachlässigt. (ger)

GR. Prof. Zörner (ÖVP), bedauerte, daß er von einer "Rück-Reform" durch einen Artikel in der Zeitschrift "Profil" erfahren habe. Danach sei die "entmachtete" Stadtbaudirektion wieder voll in ihre Rechte eingesetzt worden, lediglich Obersenatsrat Engelberger bleibe weiterhin "entmachtet". Durch die dauernde Änderung der Geschäftsordnung werde die Beamtenschaft verunsichert.

Als 1973 eine neue Geschäftseinteilung mit acht Geschäftsgruppen geschaffen wurde, hat man nicht weniger als 42 Magistratsabteilungen umgegliedert. Die Einteilung sei dadurch aber nicht besser, sondern unüberschaubar geworden. Nach dem Einsturz der Reichsbrücke wurden zehn Geschäftsgruppen geschaffen und 28 Magistratsabteilungen neu zugeordnet, davon 20 bereits zum zweitenmal, und auch diese neue Geschäftseinteilung soll nicht endgültig sein.

Alle diese Maßnahmen hätten zu einer Aufblähung der Magistratsdirektion geführt. Alles in allem sind dort um 50 Prozent mehr Beamte tätig als früher. Hingegen sei das von Bürgermeister

Gratz versprochene Sicherheitskontrollamt bis heute nicht realisiert.

Als die ÖVP im Juni eine Sonderüberprüfung der Brücken und des AKH beantragte, wurde der Antrag mit dem Hinweis abgelehnt, das Kontrollamt sei hierfür nicht zuständig. Tatsächlich verfüge es aber durchaus über eine entsprechende Anzahl technisch vorgebildeter Beamte. (we)

Wenn in der Debatte von einer starken Beamtenvermehrung gesprochen wird, so stimmt das nicht mit den Tatsachen überein, erklärte GR. Kopfensteiner (SPÖ). Im Budgetplan 1977 ist ein Bedienstetenstand von 42.672 vorgesehen, das sind um 790 Bedienstete oder 1,9 Prozent mehr als 1976. 473 dieser 790 Bediensteten werden überwiegend im Wohlfahrtswesen und in Krankenanstalten, also für echte Dienstleistungen im Interesse der Bevölkerung eingesetzt sein. Bei den Stadtwerken gab es 1950 noch 20.355 Bedienstete, 1975 waren es nur 14.889. Diese Verminderung war möglich, obwohl inzwischen die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden verkürzt wurde und obwohl beträchtliche Produktionssteigerungen in den Gas- und E-Werken erfolgten.

Im Besoldungsrecht hat der Abschluß vom April 1976 neue Maßstäbe gesetzt und neue Grundsätze verwirklicht. Besonders konnten für die niedrigeren Gehaltsgruppen höhere Prozentsätze erwirkt werden. Im Jänner 1977 werden die Erhöhungen acht bis zwölf Prozent erreichen. Vorbildlich sind auch die Regelungen zur Einbeziehung der Dienstzulagen in den Ruhe- und Versorgungsgenuß, und daß die Nebenbezüge bei Erkrankung maximal 16 Wochen lang bereits nach einer achtjährigen Dienstzeit zum Normalgehalt geleistet werden. Das ist weitaus günstiger als in der Privatwirtschaft. Es gibt aber noch große Probleme, die im Voranschlag nicht berücksichtigt wurden. Das sind unter anderen Urlaubsabgeltung und die Pflegefreistellung, die mit Jahresbeginn wirksam wird. Bis zu 40 Wochenstunden werden Bedienstete bei schwerer Erkrankung von Angehörigen dienstfrei bekommen können. Schließlich wird es eine wichtige Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß Lehrlinge nach der Abschlußprüfung in den Dienst der Stadt übernommen werden. (smo)

Im Budget 1977 ist kein Groschen für die dringend notwendige Sportplatzrenovierung enthalten, kritisierte GR. Arthold (ÖVP). Dagegen werden allein rund zwei Drittel aller Ausgaben für bauliche Herstellungen, für Schuldenzahlungen bei den Großprojekten Hallenstation im Prater, Weststadion und Sportplatz Kendlerstraße ausgegeben. Rechnet man die Dauerposten Wiener Stadthalle und Wiener Stadion ab, so bleiben nur 6,45 Millionen für bauliche Herstellungen am Ringelseeplatz und am Sportplatz Brigittenauer Lände übrig. Bereits im Jahre 1974 ging aus einer Analyse hervor, daß 36 Prozent der Wiener Sportplätze keine sanitären Anlagen haben. Sowohl im Budget, als auch im Finanz- und Investplan wird diese betrübliche Tatsache nicht berücksichtigt, und man kann ohne weiteres von einer "Talfahrt des Wiener Sportes" sprechen. Arthold kritisierte weiter, daß bis heute kein Sportstättenkonzept und kein Sportsstättenleitplan vorgelegt wurde. Über vielen Sportplätzen, die nicht als solche gewidmet sind, hängt das Damoklesschwert einer Absiedelung. Es ist erwiesen, daß wenige Sportplätze gleichbedeutend mit weniger Sportausübung ist. Der Wiener Fußballverband hat 500.000 an Totomitteln eingebüßt, weil es in Wien immer weniger Sportplätze gibt. Arthold verlangte, daß über das weitere Schicksal des Schönbrunner Sportplatzes genau Auskunft gegeben wird.

Arthold kritisierte, daß beim Weststadion nicht auch andere Sportarten außer Fußball integriert wurden. Das als Mehrzweckstadion vorgesehene Hallenstadion im Prater wird Schwierigkeiten bekommen, da keine Lagerräume vorgesehen sind. Abschließend unterstrich Arthold die Notwendigkeit einer Wiener Landessport-schule für die Ausbildung von geschulten Funktionären und Trainern. (sei)

GR. Dr. Müller (SPÖ) stellte fest, daß die Stadt Wien gemeinsam mit den Fachverbänden wesentliche Voraussetzungen für den Sportbetrieb in dieser Stadt geschaffen habe. Es handle sich dabei um Leistungen auf legislativem, organisatorischem und baulichem Gebiet. So wurden zahlreiche Anlagen sowohl für den Leistungs- als auch für den Breitensport geschaffen. Dr. Müller nannte unter anderem die Stadthalle, zahlreiche großzügige Neu- und Umbauten auf dem Bädersektor sowie die Schlepplift- und Schneeberaitungs-anlage auf der Hohen Wand-Wiese. 1972 wurde der Landessportrat

geschaffen, in dem die Verbände und die Gemeinde Wien fruchtbar zusammenarbeiten.

In zahlreichen Posten des Sportbudgets 1977 seien erhebliche Ausgabensteigerungen zu verzeichnen. So werden die Förderungsbeiträge um 10 Prozent, die Ausgaben für die Inventarerhaltung um 75 Prozent erhöht. Dr. Müller kündigte für die kommenden Jahre eine zunehmende Verlagerung des Schwergewichts auf die Erhaltung und Sanierung bestehender Anlagen an.

Erfolgreiche Aktionen des Sportamtes sollen fortgesetzt werden. 384 Turnsäle und vier große Hallen werden den Vereinen und Verbänden unentgeltlich zur Verfügung gestellt. 2,4 Millionen Quadratmeter Sportflächen werden dem Wiener Fußballverband gegen ein Entgelt von zwei Groschen pro Quadratmeter zur Verfügung gestellt.

Der Red Star-Platz wurde zwar aufgelöst, gerade in diesem Gebiet gebe es jedoch eine Konzentration von Sportanlagen. Auf dem Helfort-Platz kommt ein vollständig neuer Platz hinzu.

Das Hallenstadion wird im kommenden Jahr fertig und wird die Ausübung zahlreicher Sportarten ermöglichen. Das Weststadion hat eine gelungene inoffizielle Eröffnung schon hinter sich. Mit dem Umbau des Rennweg-Platzes und des LAC-Platzes wird im kommenden Jahr begonnen, die Bezirkssportanlage im 20. Bezirk wird fertig.

Die grundsätzlichen Aufgaben der Stadt Wien auf dem Gebiet des Sportes seien die Schaffung von Sportstätten, das Setzen von Aktivitäten und die finanzielle Unterstützung der Arbeit der Vereine. (ger)

Zu den Beiträgen der Debattenredner nahm abschließend Stadtrat Heller (SPÖ) Stellung:

Dienstkraftwagen: Ansätze wurden nicht erhöht, weil mehr Fahrzeuge angeschafft werden sollen, sondern weil die Betriebskosten stiegen.

Personalbedarfsprognose: Erstellt nach Umfrage der Amtsinspektion bei den Dienststellen. Abstriche und Einsparungen noch möglich.

Reform der Geschäftseinteilung: Nicht endgültig, es folgt noch eine "Feinabstimmung".

Direkte Sportförderung: Es stehen 71 Millionen zur Verfügung, mehr als in jedem anderen Bundesland, mehr als die Förderung durch den Bund. Keine Förderung nach dem Gießkannenprinzip, der Landessportrat ist eingeschaltet.

Förderungsmittel an Stadthalle: Kommen nicht der Stadthalle zugute, sondern den Verbänden und Vereinen, denen die Stadthalle kostenlos Räumlichkeiten für Training und Veranstaltungen zur Verfügung stellt.

Bevorzugung des Fußballs: Ist richtig, in den letzten zehn Jahren wurden 58 Millionen Schilling ausgegeben. Man muß jedoch bedenken, daß der Fußball in Wien der Sport Nr. 1 ist. Es gibt 255 Vereine mit 30.000 Mitgliedern, davon 6.500 Jugendliche.

Sportstättenleitplan: 1973 wurde Auftrag zur Erstellung gegeben, ist im Konzept fertig.

Sportplatzschutzgesetz: Nach gewissen Geburtswehen fertig, vor wenigen Tagen zur Stellungnahme ausgeschickt.

Die Beratungen werden morgen Dienstag um 9 Uhr mit der Geschäftsgruppe Kultur, Jugend und Bildung fortgesetzt. (we).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

L o k a l :

=====

erbsenbachbruecke fuer den fahrzeugverkehr gesperrt

16 wien, 13.12. (rk) die bruecke ueber den erbsenbach in sievering wird ab morgen dienstag, 9 uhr frueh, fuer den fahrzeugverkehr gesperrt. die bruecke befindet sich im zuge der sieveringer strasse, nach der endstelle der autobuslinie 39 a, die von dieser sperre nicht betroffen wird. die postautobuslinie endet jenseits der bruecke und faehrt nicht nach sievering hinein. von fussgaengern kann die erbsenbachbruecke weiterhin benuetzt werden.

der erbsenbach wird von einem alten, im lauf der zeit schadhaft gewordenen gewoelbe ueberbrueckt. die neuplanung dieser strassenbruecke ist bereits erfolgt, die anbotsverhandlungen finden in den naechsten tagen statt. (we)

1611

stuttgarter schwellen in der lassallestrasse

5 wien, 13.12. (rk) im rahmen von verkehrsmassnahmen im zusammenhang mit der strassenersatzbruecke ueber die donau wurden bereits in der lassallestrasse zwischen radingerstrasse und vorgartenstrasse richtung stadtauswaerts stuttgarter schwellen errichtet. (ba)

1307

k o m m u n a l :

=====

allgemeines krankenhaus:

1.000ste med.-techn. assistentin erhielt ihr diplom

8 wien, 13.12. (rk) in der schule fuer den medizinisch-technischen laboratoriumsdiensdt im allgemeinen krankenhaus ueberreichte montag gesundheits- und sozialstadt univ.-prof. dr. alois s t a c h e r der 1.000sten absolventin seit uebernahme der schule durch die stadt wien im jahr 1961 ihr diplom. die 1.000ste frischgebackene medizinisch-technische assistentin ist frau e v a k l e i n aus wien, beste schuelerin ihres jahrganges. insgesamt erhielten 61 maedchen und zwei burschen ihre abschlusszeugnisse. sieben absolventinnen konnten ihre ausbildung - sie dauert zwei jahre und drei monate - mit ausgezeichnetem erfolg ablegen. (zi)

1407